

critica extra

Bologna-Gipfel-Extra, 18.5.2010 ★ Zeitung von Die Linke.SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband) ★ www.linke-sds.org



Gipfel des Schavansinns

Bildungsministerin Schavan (CDU) feiert in Berlin eine Bachelor-Show während ihre Parteikollegen den Großangriff auf Studierende vorbereiten. Von **Ben Stotz**

Kommentar



Ben Stotz, Mitglied im Bundesvorstand von Die Linke.SDS, diskutierte auf dem Bologna-Gipfel - und verließ ihn aus Protest

Als Reaktion auf den Bildungstreik hatte Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) Studierende, Kultusminister und Hochschulrektoren zu einer nationalen Bologna-Konferenz eingeladen, um konkrete Verbesserungen am Bachelor-Studium zu besprechen. Doch die Konferenz mutierte zur Schavan-Show. Mit der Konferenz wollte Schavan zeigen, dass sie die Belange der Studierenden aufnimmt. Heraus kam nur heiße Luft. Lediglich die Abschaffung von Anwesenheitslisten wurde festgehalten. Kernforderungen der Studierenden wie das Recht auf ein Master-Studium für alle Bachelor-Studierenden verweigerten sich die Ministerin und die Kultusminister der Länder.

Substantielle Verbesserungen der Studienqualität und eine echte Reform des Bachelors kosten Geld. Und zwar weit mehr als die 0,2 Milliarden jährlich, die Schavan im Hochschulpakt zusätzlich zur Verfügung stellen will. Diese werden angesichts der doppelten Abiturjahrgänge und dem enormen Personalmangel in den Hochschulen unbemerkt versiegen. Nach Ansicht des Wissenschaftsrates wäre knapp das Zehnfache notwendig, um nur die größten Probleme zu beseitigen. Stattdessen drohen nun Kürzungen. Unter der Führung von Hessens Ministerpräsident Roland Koch

CDU-Politiker attackieren nun die Finanzierung der Hochschulen

(CDU) attackierten CDU-Politiker die Hochschulfinanzierung. Unmittelbar nach den NRW-Wahlen stellte Koch klar: „Die Zeit der Behutsamkeit ist vorbei.“ Koch fordert, „die staatlichen Ausgaben in den nächsten Jahren dramatisch zurückzuführen“. Auch der Hochschulpakt der Bundesregierung „muss verschoben werden“. In Hessen will Koch bereits Fakten schaffen. Bereits 2011 soll die Hochschullehre um 54 Millionen zusammengestrichen werden - während gleichzeitig die Doppeljahrgänge des Turbo-Abiturs ihr Studium beginnen. Die Konsequenz werden überfüllte Hörsäle und noch schlechtere Betreuung der Studierenden sein. Der Hintergrund der Kürzungen sind die Milliarden spritzen für die Banken. Allein in Deutschland geht die Hälfte der neuen Staatsverschuldung von 180 Milliarden Euro seit 2008 auf das Konto der Bankenrettung. Doch statt die Banken zur Kasse zu bitten, sollen nun die Ausgaben für die Bildung zusammengekürzt werden. Die Bologna-Konferenz zeigt, dass

bessere Studienqualität, gebührenfreie Bildung und kritische Lehrinhalte nicht nur eine Frage der besseren Argumente sind, sondern der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Die Bologna-Konferenz zeigt, dass nicht nur Inhalt sondern Protest zählt

Dass Protest wirkt, zeigen die Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen. Nach den Wahlen gibt es eine große Chance, dass dort Studiengebühren abgeschafft werden. Der Bildungstreik hat dazu geführt, dass nicht mehr nur DIE LINKE, sondern auch Grüne und SPD sich für ein gebührenfreies Studium aussprechen.

Die bundesweiten Bildungstreik-Demonstrationen am 9. Juni sind die beste Gelegenheit, um den Druck auf Länder und Bundesregierung weiter zu erhöhen. Und um von Athen bis Berlin klar zu machen: Wir werden nicht für die Banken zahlen. ★

Bachelor absurd

Studierende an der Ruhr-Universität Bochum können bald wählen, ob sie tagsüber oder in der Nachtschicht zur Uni gehen.

Der Anreiz für das Nachstudium von acht bis sechs Uhr morgens: Ein 50-Prozent-Rabatt auf die Studiengebühren. Um zu garantieren, dass niemand heimlich falsch studiert, gibt es zwei verschiedene Studierendenausweise - in Himmelblau oder Schwarzblau.

Vorbild für die Unis sind die nordrheinwestfälischen Kohleminen: Im Ruhrgebiet gehöre es laut Unileitung zur Tradition, in Schichten zu Arbeiten.

„Was früher nur für Bergleute und Industriezweige galt, ist inzwischen an der Tagesordnung: die ständige Verfügbarkeit für den Arbeitgeber. So ist der Schritt zu einem vollzeitlichen Uni-Zweischichtbetrieb eine nur konsequente Fortentwicklung“, preist die Uni ihr Programm „rub@night“. Die Meldung ist ein Aprilscherz des Direktors. Critica findet: Trotzdem die bislang ehrlichste Antwort wie mit den Doppeljahrgängen des Turbo-Abiturs umgegangen werden soll. ★

critica

Zum Bildungsstreik im Juni 2010 erscheint eine neue critica. Ihr könnt die 8-Seiten-Extra-Ausgabe kostenfrei zum Weitervertreiben bestellen: www.critica-online.de Dort stehen auch alle critica-Ausgaben zum Download. ★

Impressum

Redaktion: May Naomi Blank, Stefan Deutsche, Ole Vincent Guinand, Hans Krause, Jonas Rest ★ Layout: Stefan Deutsche, Jonas Rest ★ V.i.S.d.P.: Steffi Graf ★ Kontakt: www.critica-online.de

Fakten-Check

Die 3 Lügen der Ministerin

Finanzierungs-Lüge

1

Schavan behauptet, mit 2 Milliarden Euro mehr wird die Lehre an den Unis verbessert.

Wahr ist: Die 2 Milli-

arden werden auf 10 Jahre verteilt, sind also durchschnittlich nur 200 Millionen pro Jahr. Bei 370 Hochschulen und 2,2 Millionen Studierenden wären das derzeit 45 Euro mehr pro Kopf und pro Semester.

Die Zahl der Studierenden wird jedoch weiter steigen, weil doppelte Abiturienten-Jahrgänge an die Unis kommen werden. Angesichts dessen hat der Wissenschaftsrat berechnet, dass für eine Verbesserung des Studiums mindestens das Zehnfache notwendig wäre.

Während Schavan von geringen Erhöhungen in der Zukunft spricht, schafft ihr CDU-Kollege Roland Koch Kürzungen in der Gegenwart: Seine Landesregierung hat im März beschlossen, nächstes Jahr 54 Millionen Euro weniger für die Lehre an den hessischen Hochschulen auszugeben.

Studierbarkeits-Lüge

2

Schavan behauptet, viele Fächer ließen sich heute besser studieren.

Wahr ist: Die Zahl der Studierenden ist

gestiegen. Die Zahl der Dozenten nicht. Für sie hat sich der Verwaltungsaufwand stark erhöht, sodass für jeden Studierenden heute weniger Zeit zur Betreuung bleibt.

Die Arbeitsbelastung der Studierenden ist deutlich gestiegen. Das Ziel der Kultusministerkonferenz sind 40 Stunden pro Woche. Gleichzeitig zählt vom ersten Tag an jede Note für den Abschluss. Wegen des Leistungsdrucks ist es heute schwieriger, neben dem Studium zu arbeiten. Doch nur noch 24 Prozent der Studierenden bekommen BAföG. Heute müssen 67 Prozent der Studierenden arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Trotzdem müssen die meisten Studierenden ab dem ersten Semester 500 Euro Studiengebühren zahlen. Jeder Fünfte bricht sein Studium ab, weil er es sich nicht mehr leisten kann.

Employability-Lüge

3

Schavan behauptet, die Studierenden würden von der Ausrichtung des Bachelor-Studiums auf „employability“

profitieren. Mit „employability“ ist die „Beschäftigbarkeit“ der Absolventen gemeint, also deren problemlose Eingliederung in der Arbeitsmarkt. Praktisch an den Bachelor-Absolventen ist aber vor allem, dass die Arbeitgeber ihnen durch die Verkürzung der Ausbildungszeit auf drei Jahre einen entsprechend niedrigeren Lohn zahlen kann. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) freut sich über die „deutlich kürzeren Studienzeiten“ der Bachelor-Absolventen. Tatsächlich steckt hinter dem Label die Absage an ein selbstbestimmtes Studium, das sich auch mit tiefergehenden Themen beschäftigt. Dass Studierende tatsächlich auch studieren möchten und nicht nur „employable“ sein wollen, dass sie also lernen können, wissenschaftlich zu arbeiten – dies ist im neuen Bildungsideal nicht mehr enthalten.

Shavan-Show in Zitaten

„Das war eine Alibi-Veranstaltung, eine PR-Inszenierung.“

Professor Bernhard Kempen,
Präsident des Deutschen Hochschulverbandes (DHV)

„Von dieser Konferenz geht ein starkes Signal für eine bessere Lehre aus.“

Presseerklärung der Bildungsministerin Annette Schavan (CDU)



Gipfel gegen Gipfel

Als Bildungstreik-Aktivistinnen die exklusive Bologna-Konferenz verließen, sorgte das für einen Eklat. Die Studierenden diskutierten auf dem Gegen-Gipfel weiter

Die Bildungsministerin Annette Schavan kann es nicht fassen. „Ich nehme Sie ernst, aber ich erwarte auch, dass Sie uns ernst nehmen,“ ruft sie den Studierenden hinterher, die gerade aus Protest die Bologna-Konferenz verlassen. Es ist ein kleines Theater im großen Theater. Die Bildungstreik-Aktivistinnen wollen nicht nur als Kulisse für die Schavan-Show erhalten. Einer von ihnen ist Ben Stotz, Bildungstreik-Aktivist aus dem SDS. Als Schavan die schon vor Monaten versprochene Summe von zwei Milliarden Euro für die Hochschullehre als großen Erfolg der Konferenz feiern wollte, stand er auf und ging: „Die Finanzierung und das Recht auf einen Master für alle sind die Kernfragen bei Bologna. Wenn Schavan und die Kultusminister nicht bereit sind über diese Forderung ernsthaft zu diskutieren, haben wir hier nichts mehr verloren.“

Mit diesem Satz verlässt er das Podium, verteilt im Saal Flugblätter mit den Forderungen des Bildungstreikbündnis und ruft zum Bildungstreik

am 9. Juni auf. Ansonsten läuft alles nach der Inszenierung der Bildungsministerin.

Der Gipfel sollte ein Medienereignis sein, auf dem sich die CDU-Politikerin zusammen mit Hochschulrektoren und Studierenden, Vertretern der Wirtschaft und der Kultusministerkonferenz als Retterin der Reform darstellt.

In ihrer Anfangsrede betonte sie, dass

Nur die Bildungstreik-Aktivistinnen stören die Inszenierung Schavans

sie bei der angespannten Haushaltslage um „Geld für die Bildung kämpfen“ und bei dieser schwierigen Aufgabe wenigstens Teilerfolge erringen konnte.

In den Bereichen der Studierbarkeit, der europaweiten Mobilität von Studierenden und bei der Anerkennung der neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt sei man gemeinsam auf einem guten Kurs, so das Fazit ihrer 30-minütigen Rede. Später wird

Schavan den Gipfel als starkes Signal für die Lehre werten.

Nicole Gohlke sieht das anders. Die hochschulpolitische Sprecherin der LINKEN kritisierte: „Die zentralen Punkte des Bildungstreiks, nämlich BAföG, Studiengebühren und die Forderung nach einem Masterzugang für alle wurden völlig ausgeblendet.“ Während Nicole Gohlke auf dem Bologna-Gipfel die Bildungstreikforderungen vom Flyer vorliest und auf konkrete Ergebnisse drängt, sind der SDS-Aktivist Ben Stotz und die Bildungstreik-Aktivistinnen schon unterwegs zum Gegengipfel.

Nur zwei Kilometer vom Tagungsort entfernt kamen Schüler, Studierende und Professoren in der Humboldt-Universität in Berlin unter dem Motto „Stoppt den Schavansinn“ zusammen. Das Ziel: Die Schaffung eines Gegenpols zur Schavan-Show.

Auch Bildungstreik-Aktivistin Hannah Eberle aus Heidelberg war auf beiden Gipfeln: „Beim Gegengipfel suchten Professoren und Studierende, also wirklich vom Bologna-Prozess Betroffene, gemeinsam nach Lösungen.

Beim Bologna-Gipfel dagegen saßen die Professoren draußen vor der Tür und wurden nicht hineingelassen.“ Die Dauer des Bologna-Gipfel wurde noch kurz vor der Veranstaltung von zwei Tagen auf vier Stunden gekürzt. Aus ganz Deutschland wurden nur 22 Studenten und Studentinnen eingeladen, wohl aber Vertreter von Audi, Siemens, Telekom und der Hypo-Vereinsbank.

Aus ganz Deutschland dürfen nur 22 Studierende mitdiskutieren

„Eine Diskussion war vom Bildungsministerium auf dem Bologna-Gipfel nie vorgesehen“, fasst Hannah Eberle den Tag zusammen. „Annette Schavan hat heute bewiesen, dass sie nichts anderes kann, als den Leuten Sand in die Augen zu streuen und auf einem Konsens zu beharren, den es schlichtweg nicht gibt.“ ★

May Naomi Blank und Ole Vincent Guinand sind Redakteure der *critica*

Die Linke.SDS

Die Linke.SDS ist der Sozialistische Demokratische Studierendenverband, der der Partei DIE LINKE nahe steht. Die Linke.SDS ist aktiv im Bildungstreik und tritt für gemeinsame Aktivitäten mit

anderen sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften ein. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Herrschaft der marktliberalen Politik nur durch gemeinsamen Druck von unten bekämpft werden

kann - und das kapitalistische System, das diese Politik immer wieder hervorbringt. Mittlerweile gibt es den SDS an nahezu allen Hochschulen. Kontakt zu Gruppen vor Ort: www.linke-sds.org

Kritische Seminare im Mai

Der „Fördererkreis demokratischer Volks- und Hochschulpolitik“ organisiert mehrere kritische Seminare im Mai: ★ Kritik an die Uni! Kritische Wissenschaft und Hochschulen im Kapitalismus; 21. bis 23.

Mai in Darmstadt ★ Wer hat Angst vor Kopftuchmädchen? Erscheinungsformen und Funktion der Islamophobie; 28. bis 30. Mai in Leipzig ★ Mehr unter: www.foerdererkreis.de



Bildungsstreik 2010

Nach den Wahlen in NRW könnten dort Studiengebühren abgeschafft werden.

Florian Wilde meint, es liegt am Bildungsstreik, ob es tatsächlich zu Verbesserungen kommt

Bei den Landtagswahlen in NRW wurde die schwarz-gelbe Landesregierung abgewählt. Damit könnten nun die Studiengebühren im bevölkerungsreichsten Bundesland fallen. Für Gebühren-Befürworter droht sich der „Hessen-Effekt“ zu wiederholen: Eine Bewegung sorgt dafür, dass Studiengebühren abgeschafft werden. Wie in NRW hatte auch in Hessen eine CDU-geführte Landesregierung Studiengebühren eingeführt. Dies führte in Hessen zu massiven Protesten. Studierende organisierten Demonstrationen und blockierten Autobahnen. In der Folge setzte sich nicht mehr nur DIE LINKE für die Abschaffung von Studiengebühren ein, sondern auch die Grünen und die SPD richteten ihren

Wegen dem Bildungsstreik wendeten sich Parteien gegen Studiengebühren

Wahlkampf auf das Thema aus. Das ist keine Selbstverständlichkeit: Ohne den Druck der Studierenden erwiesen sich SPD und Grüne in der Vergangenheit immer wieder als die Parteien nachgelagerter Studiengebühren, Studienzeitkonten oder anderer Formen mehr oder weniger verkappter Bildungsgebühren. In Hessen sorgten die Studierendenproteste für eine derart breite Ablehnung der Studiengebühren in der Bevölkerung, dass auch Grüne und SPD die Landtagswahlen zu einer Abstimmung über Studiengebühren machten. Selbst die Bild-Zeitung erklärte den damaligen Kultusminister

Udo Corts zum „für die Studenten meistgehassten Mann“. Das Ergebnis: Ministerpräsident Roland Koch (CDU) wurde abgewählt und eine Mehrheit von SPD, Grünen und DIE LINKE setzte im hessischen Landtag die Abschaffung der Studiengebühren durch. Auch nachdem Ministerpräsident BILD erklärte Kultusminister Corts zum meistgehassten Mann

dent Koch wieder an die Macht kam, hat er es bis heute nicht gewagt, sie wieder einzuführen - obwohl er ein expliziter Gebühren-Befürworter ist. Ähnlich wie in Hessen sorgten die Bildungsstreik-Proteste in NRW dafür, dass nicht nur DIE LINKE, sondern auch Grüne und SPD in ihrem Wahlkampf Plakate gegen Studiengebühren klebten. Zuletzt hat es eine Woche vor der Wahl eine Bildungsstreik-Demonstration gegen Schwarz-Gelb gegeben. Mit der Mehrheit gegen Studiengebühren im NRW-Landtag könnte nun auch das bevölkerungsstärkste Bundesland gebührenfrei werden - und damit die Zahl der Gebührenländer weiter bröckeln lassen. Ob es so kommt, wird auch davon abhängen, ob es der Bildungsstreik-Bewegung gelingt, SPD und Grüne weiter unter Druck zu setzen. Gleichzeitig droht nach den NRW-Wahlen bundesweit ein Großangriff auf das Bildungswesen. Roland Koch will an den hessischen Hochschulen über 30 Millionen Euro einsparen. Hintergrund

dieser „Kriegserklärung an die Jugend“ (Spiegel Online) ist das Bestreben, die Milliardenkosten von Bankenrettungen und Euro-Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen. Ob sich Roland Koch damit durchsetzen kann, wird keine Frage der besseren Argumente, sondern eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sein. Grundlegende Errungenschaften des Bildungswesens mussten immer wieder durch Bewegungen erkämpft werden. So war es die 68er-Bewegung, die die autoritäre Ordinariennuniversität und mit ihr die damaligen Studiengebühren gleich mit entsorgte. Die Öffnung der Hochschulen hin zur „demokratischen Massenuniversität“ ist ebenso wie der

Ob nun Kürzungen kommen wird keine Frage der besseren Argumente sein

Einzug kritischer Lehre in den 70er Jahren erkämpft worden. Dass feministische Forschung einen Einzug in die Lehrpläne erhalten hat, ist wesentlich der großen „UniWut“-Streikbewegung 1987/88 zu verdanken.

Wie die Proteste weitergehen

★ Am 19. Mai finden Proteste zum G8-Finanzministertreffen in Berlin statt: „Von Athen bis Berlin - Banken und Konzerne sollen für die Krise zahlen“. Info: www.kapitalismuskrise.org

★ Am 9. Juni werden dezentrale Demonstrationen im Rahmen des **Bildungsstreiks** in den meisten Universitätsstädten stattfinden. Info:

www.bildungsstreik.net
★ Am 12. Juni finden in Stuttgart und Berlin Demonstrationen statt: „Wir zahlen nicht für die Krise“. Info: www.kapitalismuskrise.org

Die Wirkungsmacht studentischer Protestbewegungen entspringt dabei weniger dem - oft geringen - ökonomischen Druck, den streikende Studierende aufbauen. Sie resultiert vielmehr aus dem - häufig großen - Einfluss solcher Proteste auf gesellschaftliche Stimmungen und Mehrheiten. So konnten die 68er auch deshalb so viel erreichen, weil es damals nicht nur an den Unis, sondern in der ganzen Gesellschaft brodelte. Auch heute stehen die Studierenden vor der Herausforderung, ihren Protest mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen zu verbinden. Die Notwendigkeit dafür ist klar sichtbar: Mit Kürzungen ungeahnten Ausmaßes bedroht Schwarz-Gelb nicht nur das Bildungswesen, sondern den gesamten Sozialstaat und die ganze öffentliche soziale Grundversorgung. Der Bildungsstreik und die anstehenden Demonstrationen gegen die Abwälzung der Krise auf die Menschen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart können ein Anfang sein, um Proteste gegen die miesen Zustände im Bildungswesen mit der gesellschaftlichen Wut über die katastrophalen Folgen neoliberaler Politik zu verbinden. ★ Florian Wilde ist Geschäftsführer von Die Linke.SDS.